

# Ahrens hält an Gleisschotter-Plänen fest

Antrag beim Gewerbeaufsichtsamt Hannover / Bürgerinitiative befürchtet Gesundheitsgefährdung

VON MATTHIAS BERGER

**Stadthagen.** Ungeachtet der Bürger-Proteste verfolgt Ahrens-Geschäftsführer Karsten Klein weiterhin den Plan, eine Umlademöglichkeit für mit Schadstoffen belasteten Gleisschotter am Georgschacht zu schaffen. Einen entsprechenden Antrag habe er bereits beim Gewerbeaufsichtsamt in Hannover gestellt, erklärt Klein auf Anfrage der SN.

Wie berichtet, will die Firma Ahrens als Vertragspartner der Bahn AG in Stadthagen jährlich bis zu 30 000 Tonnen gefährlichen Gleisschotter von der Bahn auf Lkw umladen und in Entsorgungsanlagen abtransportieren. Die Initiative „Bür-

gerprotest Stadthäger Asphaltmischwerk“ befürchtet, dass dabei krebserzeugender und erbgutverändernder Feinstaub entweicht. Zudem würde sich der Lkw-Verkehr im Stadtgebiet weiter erhöhen.

Eine Befürchtung, die auch der Bürgermeister teilt, der an der Antragskonferenz beim Gewerbeaufsichtsamt in Hannover teilgenommen hat. „Bisher durften auf dem Betriebsgelände jährlich nur 500 Tonnen unbelasteter Gleisschotter zwischengelagert werden. Durch die Planungen würde sich der Lkw-Verkehr vervielfachen und es würde mit Sicherheit eine Erhöhung der Umweltbelastung nach sich ziehen, wenn dort belasteter Gleisschotter

umgeladen werden würde“, erklärt Oliver Theiß.

Die Bedenken seitens der Stadt würden bei der Entscheidung des Gewerbeaufsichtsamtes über den Antrag berücksichtigt, erklärt dessen Leiter Bernd Reese, der bestätigt, dass es Ende Januar Vorgespräche mit „dem Antragsteller“, also der Firma Ahrens, gegeben habe. „Wir haben erklärt, was für einen Antrag notwendig ist“, berichtet Reese aus den Gesprächen.

Vor einer Entscheidung werden die vollständigen Antragsunterlagen öffentlich ausgelegt, zudem erhalten alle örtlichen Behörden Gelegenheit zur Stellungnahme, verspricht Reese. Bei einem Erörterungstermin

werde das Gewerbeaufsichtsamt dann die Einwendungen prüfen. Erst danach werde eine Entscheidung getroffen. „Das dauert nach der Antragstellung noch mindestens sechs bis sieben Monate, das ist die gesetzliche Frist nach dem Bundesemissionsschutzgesetz“, so Reese.

„Wir haben keine Eile“, betont Klein, der frühestens in einem Jahr mit einer Entscheidung rechnet. Auch die Erweiterungspläne seiner Firma auf dem Gelände des Asphaltmischwerks am Georgschacht seien auf lange Sicht angelegt. „Da wird sich erstmal nichts tun.“ Geplant sei, erst nach der Entscheidung über den Umschlagplatz für Gleisschotter

das B-Plan-Verfahren für die Erweiterung des Firmengeländes zu starten.

Allerdings ist Ahrens dabei nach Angaben von Theiß auf die Zustimmung der Politik angewiesen. „Sowohl der Flächennutzungsplan als auch der B-Plan müssten für die Erweiterung geändert werden, der Rat würde entscheiden“, betont der Bürgermeister. „Ich stehe der Erweiterung des Betriebsgeländes skeptisch gegenüber, da dort eine Waldfläche ist, die statt nach dem Sturm aufgeforstet zu werden, weichen müsste. Die Firma Ahrens müsste schon sehr überzeugende Argumente vorlegen, warum sie diese Fläche unbedingt benötigt.“